

Der Ukrainekrieg und Deutschlands Zukunft

Warum sind Gas und Strom so teuer geworden?

Und wie hängt das mit dem Ukrainekrieg zusammen?

*Liebe Kolleginnen und Kollegen der IG Metall,
liebe Hanauerinnen und Hanauer,*

wir von der Hanauer Friedensplattform wünschen euch viel Erfolg bei eurem Warnstreik. Eure Forderung nach einer ordentlichen Lohnerhöhung ist mehr als berechtigt.

Alles wird teurer, besonders Gas und Strom. Viele wissen nicht mehr, wie sie in diesem Winter ihre Rechnungen bezahlen sollen. Fast jeder Haushalt hat einen Brief seines Energieversorgers (z. B. von den Stadtwerken Hanau) mit großen Preiserhöhungen erhalten. Nach vielen Protesten ist die Gasumlage endlich vom Tisch und es wird einen staatlichen Zuschuss geben, aber die erhöhten Gaspreise sollen wir trotzdem bezahlen. Hilfspakete der Bundesregierung gleichen das nur teilweise aus. Preiserhöhungen bei Gas und Strom ziehen andere Preiserhöhungen nach sich: Aktuell liegt die Inflation in der Bundesrepublik so hoch wie nie bei 10,4 %. Gleichzeitig haben die großen Energiekonzerne Saudi Aramco, BP, Shell, Exxon Mobile und Wintershall im ersten Halbjahr 2022 Rekordgewinne in Milliardenhöhe erzielt.

Die Bundesregierung und die EU haben wegen des Ukrainekriegs massive Sanktionen gegen Russland ausgesprochen und wollen künftig auf russisches Gas und Öl verzichten. Das als Ersatz bestellte Flüssiggas, das vor allem aus den USA kommt, ist um ein Vielfaches teurer als das russische Erdgas. Zudem

herrscht zwischen den USA und der EU, insbesondere Deutschland, seit einigen Jahren ein Wirtschaftskrieg. US-Präsident Biden hatte schon vor Kriegsbeginn mehrfach angekündigt, dass die USA die Inbetriebnahme der Gas-Pipeline Nord-Stream 2 auf jeden Fall verhindern werden.

Eine Studie der Universität Mannheim kam zu dem Schluss, dass ein abrupter Lieferstopp von russischer Energie die deutsche Wirtschaft in eine historische Krise treiben könnte. Er könnte zu einer Wirtschaftskrise führen, wie sie die Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt hat. Droht eine De-Industrialisierung Deutschlands?

Es wird Zeit, dass wir selber ein paar Fragen an die Bundesregierung stellen und unsere Vorstellungen laut und deutlich auf der Straße äußern. Wir fragen:

- Welche Hilfspakete wurden beschlossen und gleichen sie die Preiserhöhungen aus?
- Schaden die Sanktionen Russland und welche Auswirkungen haben sie auf Deutschland?
- Wo gibt es Spekulation mit den Gas- und Strompreisen und wer verdient daran?
- Sollte man die Energieversorgung verstaatlichen bzw. in kommunale Hand legen?
- Was wäre ein vernünftiger Ausweg aus Wirtschaftskrise und Krieg?

Vortrag und Diskussion mit Klaus Ernst

Montag, 5. Dezember 2022

19:00 Uhr

Bürgerhaus Wolfgang

Schanzenstr. 8, 63457 Hanau

Der Eintritt ist frei.

Am Bürgerhaus gibt es ausreichend Parkplätze.

Busverbindung ab Hanau Freiheitsplatz mit HSB-Linie 6 zur Haltestelle Wolfgang Vor der Pulvermühle; Abfahrt hin 18:15 oder 18:35 Uhr (Fußweg 6 Min.); Rückfahrt 21:17, 21:47 oder 22:17 Uhr (letzte Fahrt).

Veranstalter:

Hanauer Friedensplattform und
Verein zur Förderung der Meinungsvielfalt
und Völkerverständigung Hanau

V.i.S.d.P.: Doris Werder, Hanau

Klaus Ernst, Jahrgang 1954, ist Abgeordneter des Bundestages für die Partei „Die Linke“ und Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Klimaschutz und Energie. Er ist gelernter Elektromechaniker, war Jugendvertreter und Betriebsrat. Seit 1972 ist er Mitglied der IG Metall und war Vorsitzender des Ortsjugendausschusses



der IG Metall und der DGB-Jugend in München. 1984 war er an der Organisation des Streiks zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche beteiligt.

Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre und Sozialökonomie arbeitete er als Gewerkschaftssekretär in der Stuttgarter IG Metall und seit 1995 als erster Bevollmächtigter der IGM in Schweinfurt.

Den Gürtel enger schnallen?

In seiner Rede vom 28. Oktober 2022 versucht Bundespräsident Steinmeier das deutsche Volk einzuschwören: auf die Fortsetzung des Kriegs, auf die andauernde deutsche Beteiligung und auf finanzielle Opfer. Er sieht zwar das Problem, dass sich viele in unserem Land weitere „Opfer“ nicht leisten können. Das hindert ihn allerdings nicht daran, weitere „Selbstbeschränkung“ und höhere „Konfliktfähigkeit“ zu fordern – einschließlich einer weiteren Aufrüstung der Bundeswehr, die nochmals Abermilliarden kosten wird.

Frieden, Arbeit und Auskommen für alle!

Der Krieg in der Ukraine wird mit immer mehr Waffen und mit immer größeren Zerstörungen und Verlusten an Menschenleben geführt. Die NATO hat die politische Isolierung und den wirtschaftlichen Ruin Russlands zum Kriegsziel erklärt. Russland kämpft darum, seine eigenen Interessen und seine Stellung als militärische Weltmacht zu bewahren.

Statt den Konflikt im eigenen Land durch Umsetzung des Minsk-II-Abkommens zu befrieden, hat die Selenskyj-Regierung es zugelassen, dass die Ukraine zum Schlachtfeld dieses Stellvertreterkrieges geworden ist.

Die einfachen Menschen in Russland und der Ukraine bezahlen den Preis für diese Politik. Auch die arbeitenden Menschen, Studierende und RentnerInnen in Deutschland finanzieren diesen Krieg mit. Darum ist dieser Krieg auch ein Krieg gegen die Völker der Welt, egal was uns die jeweilige politische Führung als Rechtfertigung auftischt.

Biden warnt vor „Nuklear-Armageddon“

US-Präsident Biden schätzt die Gefahr einer Nuklearkatastrophe so hoch ein wie seit der Kuba-Krise 1962 nicht mehr. In der Tat: Der Einsatz von Atomwaffen in diesem Krieg wird von beiden Seiten ganz offen für möglich erklärt. Und nicht nur das: NATO-Truppen übten im Oktober 2022 erneut den Atomwaffeneinsatz in Europa (Manöver Steadfast Noon). US-Truppen stehen nahe der ukrainischen Grenze in Rumänien und halten Manöver ab: „Die 101. US-Luftlandedivision ist jederzeit bereit, auf ukrainisches Territorium überzuwechseln...“ Und Putin erklärt, dass Russland jederzeit dazu bereit sei, „sein Territorium“ mit allen Mitteln zu verteidigen.

Militärs wie der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Kujat befürchten angesichts dieser Zuspitzung eine Ausweitung des Krieges auf ganz Europa. An dessen Ende könnte der Einsatz von Atomwaffen stehen. Das ist in der gegebenen militärischen Logik begründet, die auf „Siegfrieden“ setzt.

Deutschland ist längst Kriegspartei. Die Bundesrepublik liefert Waffen und trägt mit Abermilliarden Euro zur Kriegsfinanzierung bei. In Deutschland werden ukrainische Soldaten ausgebildet. Was soll das anderes sein als eine Beteiligung am Krieg auf Seiten der Ukraine? Aber nicht genug damit: Deutschland ist auch Aufmarschgebiet für den Krieg in der Ukraine: In Wiesbaden wurde ein neues Militärkommando der US-Armee installiert, das neben der Basis in Ramstein Einsätze des Selenskyj-Militärs führt – und weiter ausgebaut wird.

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!

Wenn Deutschland sich als Aufmarschgebiet für den Krieg gegen Russland hergibt, dann wird es zum Ziel möglicher Angriffe. Die USA sind weit weg – und würden Europa mit Deutschland in dessen Mitte opfern, wenn das den US-Interessen nutzt. **Und das nennt Bundespräsident Steinmeier „die schützende Hand“ Amerikas!**

Wir wollen jedoch für diesen Krieg keinen Cent zahlen und keinen Menschen sterben sehen. Die Waffen nieder!

US-Admiral: „Schneller aufrüsten“

Im Machtkampf gegen China forderte US-Admiral Charles A. Richard Anfang November eine große nationale Kraftanstrengung für eine stark beschleunigte Aufrüstung. Richard ist Kommandeur des U.S. Strategic Command, das die Atomstreitkräfte der USA führt und deshalb kein militärpolitischer Nobody. Er sieht im Ukrainekrieg nur „die Aufwärmphase“ für den heraufziehenden Großkonflikt mit der VR China. Der bisher sicher geglaubte US-Vorsprung in Sachen Rüstung schrumpfe, weil Peking schneller aufhole als erwartet. Und Chinas Präsident Xi Jinping warnte aufgrund der US-Militärpolitik vor einer instabilen Sicherheitslage.



Kontakt zur Hanauer Friedensplattform:

E-Mail: info@friedensplattform.de
Homepage: www.friedensplattform.de
Facebook: [Friedensplattform Hanau](https://www.facebook.com/Friedensplattform-Hanau)



Verein zur Förderung der
Meinungsvielfalt und Völkerverständigung Hanau e.V.

Postfach 90 14 06
63423 Hanau

